

inter helpo

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union | Lokalföderation Münsterland

www.fau.org/muenster | faums@fau.org

Bildungsprotest & Arbeitskampf

Kita- und Bildungsstreik im Superwahljahr 2009

Kitas werden bestreikt, Mitte Juni ist bundesweiter Bildungsstreik und im Superwahljahr (gähhn) kommt das Thema Bildung sicherlich öfters auf den medialen Tisch. Grund genug, dass wir uns mal wieder näher mit dem Bildungswesen auseinander setzen und dies auch als Schwerpunktthema für diese Interhelpo gewählt haben. Da wir den Baumbestand nicht all zu sehr belasten wollen und Interhelpo deshalb immer nur vier Seiten haben, haben wir euch unter http://www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/interhelpo_bildung09.pdf noch ein achtseitiges Online-Dossier zusammengestellt mit Texten zu Exzellenzclustern, Bildungsprivatisierung, dem Leistungsbegriff und dem Einfluß der Privatwirtschaft am Beispiel Bayer.

In Münster streiken

220 Kita-Mitarbeiter_innen

...für bessere Bezahlung, mehr Anerkennung und hauptsächlich natürlich für einen abgesicherten Gesundheitsschutz. Dabei zeigen die Streikenden Zähne. Während der städtische Personalchef Erwin Gorkerke fleißig Briefe schreibt, in denen er „vorsorglich darauf aufmerksam macht, dass der seiner Meinung nach rechtlich nicht zulässige Streik eventuell Sanktionen nach sich ziehen könne – etwa Schadensersatzansprüche“, was nichts anderes wie einem unmoralischen Drohbrief gleichkommt, antworten die Streikenden mit Demos und anderen Aktionen. Und auch das, eigentlich obligatorische, gegenseitige Ausspielen funktioniert diesmal nicht – ein breites Bündnis aus Eltern unterstützt auf beeindruckende Art und Weise. Ihrem Motto „Was jetzt hilft, ist noch mehr öffentlicher Druck!“ können wir uns von der FAU Münster nur anschließen – mit dem kleinen Zusatz, dass auch der ökonomische Druck in Form von Streik keinesfalls vor der Erfüllung der Forderungen nachlassen darf. Weiter so!!



Der Bildungsstreik 2009 vom 15.- 20. Juni

...ist bundesweit und dezentral organisiert. In dieser Woche werden in jeder halbwegs größeren Stadt die Studierenden ihren grundlegendsten Bildungsrechten Nachdruck verleihen. Dass dies eigentlich kein Streik

ist, da kein ökonomischer Druck aufgebaut wird, hindert uns nicht daran, diesen ebenfalls zu unterstützen. Allerdings mit dem kleinen Verweis, dass das Konzept an sich noch verbesserungswürdig ist. Eine Demo, flash mob sowie ein Zeltcamp bauen nur minimalen öffentlichen Druck

auf, der das eingesetzte Engagement kaum rechtfertigt. Denn das hindert weder VW noch BASF die Hochschulen weiter in die kapitalistische Verwertungslogik zu drängen. Und es hindert schon gar nicht den deutschen Staat, weiterhin das Kind mit Migrationshintergrund von der sog. „Wissensgesellschaft“ fern zu halten. Ernsthafter Druck könnte beispielsweise durch Streiks der studentischen Hilfskräfte, Studierende in Nebenjobs, der Dozent_innen oder durch das lahm legen der städtischen & ökonomischen Infrastruktur erreicht werden. Ohne solche Druckmittel im Rucksack sind alle Aktionen bestenfalls gutgläubig, schlimmstenfalls die Kanalisierung eines öffentlichen Interesses in Sackgassen.

Superwahljahr 2009? Gähhn!

: die einzigen, die daran verdienen, sind doch die Werbeagenturen der Parteien. Warum wir es trotzdem ins Editorial mit aufnehmen? Ganz einfach, weil die Parteien Kita- Streik und Bildungsstreik instrumentalisieren werden, um möglichst viele Stimmen zu erhalten. Verbesserungen für Kita-Angestellte sowie für schlicht alle Mitarbeiter_innen werden uns auch in den nächsten Monaten wieder vielversprechend versprochen. Und natürlich wird uns wieder mal ein super Bildungssystem versprochen, wenn wir nur die Partei XY wählen -- egal ob auf Europa-, Bundes- oder Studienparlamentsebene. Ach, da fällt mir ein, das versprechen sie uns doch schon seit 60 Jahren. Und wo sind wir jetzt?

Krisentheorie für Anfänger

... oder: Wer wird denn gleich den Kapitalismus abschaffen wollen?

Die Weltwirtschaft befindet sich bekanntlich in einer Krise. Die Bundesregierung hat dies erkannt und legt sich gehörig ins Zeug – sogar die Verstaatlichung von Banken und die Beteiligung an Konzernen ist kein Tabu mehr, obwohl eingefleischte Liberale darin sogleich die Rückkehr einer Staatswirtschaft wie in der DDR erblicken. Nein, nein, schallt es dann aus der Bundesregierung zurück, es sei keinesfalls beabsichtigt, den Kapitalismus abschaffen. Hier spricht sie auch mal ein wahres Wort. Die Schuldigen für die Krise hatte man schnell ausgemacht: rücksichtslose Spekulanten, gierige Manager und leichtsinnige Banken, die auf der Jagd nach schnellen Gewinnen riskante Finanzgeschäfte machten – mit der Folge, dass jetzt riesige Milliardenbeträge, tja, irgendwie weg sind. An dieser Stelle schreitet die Politik zur Lösung. Man versichert den Gläubigern der Banken, dass der Staat ja noch genug Milliarden in Reserve hat, wo auch immer sie plötzlich herkommen mögen.

Krise der Produktion?

Auf den ersten Blick erscheint also das mediale Konstrukt plausibel, dass die Krise von der so genannten Finanzwirtschaft irgendwie auf die sogenannte, an sich „gesunde“, Realwirtschaft „übergegriffen“ hat. Ganz offensichtlich stimmt es, dass es sich nicht um eine Krise der Produktion handelt, denn die läuft. Genauer gesagt, es wird sogar ausgesprochen viel produziert: In den USA wurden z.B. jede Menge Häuschen gebaut, nur können die, die drin wohnen könnten, sie nicht bezahlen. Nun müssen sie nebenan ein Zelt aufschlagen, und die Häuschen sind angeblich nichts mehr wert. Auch an Autos fehlt es nicht, eher im Gegenteil, daher ja auch die Abwrackprämie, um neue Autos zu verkaufen, obwohl es die alten ja eigentlich auch noch ganz gut tun. An Nahrungsmitteln und Medikamenten fehlt es z.B. in Afrika zwar massiv, aber das liegt wohl auch nicht daran, dass nicht genug produziert werden könnten. Vielmehr werden hierzulande massenhaft Lebensmittel vernichtet.

Wie kommt es aber zu so einer an sich völlig absurden Situation? Zum einen, das ist offensichtlich, geht die Nachfrage nach den immer zahlreicher werdenden Produkten zurück. Versuche, sie durch billige Kredite wieder anzukurbeln, haben letztlich sogar das Fass ins Rollen gebracht. Zum anderen haben die Geldgeber, die Konzernen ihre immer neuen Produktionskapazitäten finanziert haben – also die Aktionäre, die Banken, deren Aktionäre etc. – in den vergangenen Jahren hohe Renditen einstreichen konnten. Die Ursache aller Krise, folgen wir dem ollen Karl Marx, ist aber, dass unter Bedingun-



gen fortschreitenden Wettbewerbs die Profitrate – also der Gewinn im Verhältnis zum eingesetzten fixen Kapital (Maschinen etc.) – tendenziell sinkt.

Um dem zu entkommen, bleiben Unternehmen grob gesagt nur die Auswege Expansion und Kostensenkung. Expansion geht aber in Zeiten fortgeschrittener Globalisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche offenbar kaum noch, oder nicht ohne bedeutende Rückschläge und Pannen. Expansion auf Märkten, die nicht wachsen, bedeutet Verdrängungswettbewerb. Um darin zu bestehen, heißt es Kosten zu reduzieren, etwa durch den Kauf von Maschinen, um ArbeiterInnen einzusparen – oder in dem man eben die Lohnkosten senkt.

Krise mit Ankündigung

Leiharbeit, Hartz IV und neue Niedriglohnsektoren waren also insofern schon Versuche der Krisenprävention per Lohnsenkung, und nicht etwa Ausdruck rot-grüner

Charakterschwäche. Zugleich spaltete dieses Lohnsenkungsprogramm recht erfolgreich die Arbeitenden in solche, die an den Strohalm Niedriglohnjob klammerten, und solche, die ihre relativ gut bezahlten Arbeitsplätze wiederum oft durch die „Billigkonkurrenz“ jedweder Art bedroht sahen. Beide Gruppen nahmen daher zunehmend schlechtere Löhne hin. Aber: Sinkende Löhne lassen die Nachfrage schrumpfen, es kommt zu Überproduktion und die sorgt für Preisdruck nach unten und damit auch wiederum für sinkende Profite.

Also rührt die Krise keineswegs von gierigen Managern oder gar den Gewerkschaften her – es liegt vielmehr am ureigenen Wesen des Kapitalismus, dem unternehmerischen Zwang, um im Wettbewerb bestehen zu können, entweder immer weiter zu expandieren oder zu rationalisieren. Nachdem aber nun die Expansion stockt und man zugleich den ökonomisch „normalen“ Fall der Profitrate durch kostensenkende und die Nachfrage künstlich steigende Maßnahmen lange vor sich her ge-

schoben hat, sinken die Profite nun schlagartig. Die Bankenkrise ist nur ein Symptom hierfür – hier hatten sich einfach besonders absurde Gewinnphantasien aufgestaut, die nun folgerichtig zerplatzen. Es war schon längst nicht die Frage, ob eine Krise kommt, sondern nur, wann sie ausbricht. Und angesichts der dem Kapitalismus eigenen Dynamik und Gesetzmäßigkeit ist es auch nur eine Frage der Zeit, wann die nächste kommt.

Es sei denn...

Wenn die ArbeiterInnen mal genauer umschauen, werden sie feststellen, dass die Maschinen genau so gut funktionieren und der Weizen auf dem Feld sich beim Wachsen nicht stören lässt, wenn es diese mehr oder minder fiktiven Zahlen namens Kapital gar nicht gäbe. Und wenn sich die Arbeitenden darüber einig wären, einfach keine Profite mehr zu erzeugen, kriegten die KapitalistInnen lange Gesichter. Genau genommen, sie gäbe es gar nicht mehr! Man müsste es eben nur selber organisieren, was offenbar weder der Markt noch der Staat zu Stande bringen, nämlich die zuverlässige Versorgung aller mit den notwendigen Gütern und die Aufrechterhaltung der Produktion. Bloß: Jeder Wirtschaftswissenschaftler weiß, dass die Menschen nach Profit streben und nicht nur nach Essen, Trinken, Luft, Liebe etc. Folglich geht das also nicht. Aber viele Wirtschaftswissenschaftler wussten bis vor kurzen auch, dass man am Besten alles privatisiert und die Finanzmärkte dereguliert. Fragt am Besten mal Eure FreundInnen, wonach sie eigentlich wirklich streben...

Exzellent!

Lohndumping und Ausbeutung für exzellente Studierende und ProfessorInnen

Ein Geheimnis ist es längst nicht mehr: Die Uni Münster plant, Elite-Universität zu werden.

Das verspricht zumindest das „Diskussionspapier zur zukünftigen strategischen Ausrichtung der WWU“. Bereits bestehende Exzellenzcluster sollen weiter ausgebaut und neue gebildet, bestimmte Fachbereiche stärker gefördert und andere wiederum stark zurückgefahren werden. Das Profil soll geschärft werden, damit die Uni auf nationaler und internationaler Ebene an Sichtbarkeit gewinnt. Schließlich ist dies ja ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Die Uni sei jedoch nicht zu verwechseln mit einem Unternehmen!

Dass diese Umstrukturierung jedoch auf Kosten der nichtwissenschaftlichen Angestellten der Uni geschehen soll, soll nicht öffentlich diskutiert werden. Eine neues Verwaltungsdezernat mit etwa 25 Stellen soll zum Zwecke der Neuorganisation entstehen. Und nun ist die Uni-Leitung auf der Suche nach bereits bestehenden Dezernaten mit „Einsparpotenzial“. Dafür scheint sich das HausmeisterInnen-Dezernat hervorragend zu eignen: in den kommenden Jahren sollen hier über 90 Stellen gestrichen werden. Bisher haben die HausmeisterInnen der Uni noch beinahe jede Maschine selbst gewartet und gepflegt. Ob diese Tätigkeiten in Zukunft durch Dritt-Firmen von außerhalb geschehen soll (vielleicht durch LeiharbeiterInnen und Ein-Euro-JobberInnen?), steht laut Uni-Leitung noch nicht fest. Das HausmeisterInnen-Dezernat räumte allerdings ein, dass mit dem verbleibenden Personal viele der bisherigen Tätigkeiten nicht mehr zu schaffen seien. Außerdem müssten die Vertreter der Firmen ja dann auch betreut werden und die Arbeit kontrolliert werden.

„Klasse statt Masse“ muss also auch hier gelten.

¡Muchas Luchas!

Der bundesweite Bildungs'streik' ist nur einer von vielen sozialen Kämpfen

Eine Aktionswoche gegen die Zustände im Bildungsbereich war bitter nötig. Ob man sie nun „Streik“ nennen sollte, darüber lässt sich streiten. Einerseits können SchülerInnen und Studierende an den (Hoch-)Schulen kaum streiken, sondern höchstens schwänzen. Andererseits hat der Begriff „Streik“ einen symbolischen Wert, der in der Öffentlichkeit kaum zu unterschätzen ist.

Momentan haben wir das Glück, dass der Bildungs'streik' von einem echten Streik, dem in den Kitas, flankiert wird. Hier wird es wichtig, sich aufeinander zu beziehen. Und wo wir schon dabei sind: Nur weil Kitas irgendwie was mit Bildung zu tun haben und andere Streiks nicht, heißt das nicht, dass diese nicht doch auch ein gemeinsames Interesse verfolgen. Und da gäbe es für SchülerInnen und Studierende eine mehr zu entdecken, als jedes Klassenzimmer oder jeder Hörsaal hergeben könnte. Die Zahl der Streiks in der BRD steigt seit 2000 stetig an: AEG und Opel, Bosch-Siemens und der Flughafen-Caterer GateGourmet sind nur die herausragenden Beispiele. Ganz zu schweigen von den vielen wilden (d.h. illegalen) Streiks außerhalb der Tarifkämpfe, von denen wir kaum etwas erfahren, weil sie an der Öffentlichkeit vorbei gehen.

Um sich auf andere Kämpfe zu beziehen, sollte man es tunlichst unterlassen, sich auf den nationalen Rahmen zu beziehen. Zum Glück wissen das die meisten, eine zielorientierte antifaschistische Bewegung zeugt davon. Von vielen sozialen Kämpfen in anderen Ländern bekommen wir aber noch weniger mit oder aber nur das, was die Medien an Informationen übrig lassen. Straßenriots in Griechenland? Ja, die sind anarchistisch, das klingt toll, aber sie waren

auch Reaktion auf die Krise. Hungerstreiks in Ägypten? Auch eine Reaktion von ArbeiterInnen auf die Krise. Hä, die gab's da doch noch gar nicht? Doch klar, sie wurde nur erst mal auf dem Rücken der sogenannten Drittwelt-Länder ausgetragen und darum hier nicht bemerkt. Was gerade in China abgeht, kriegen wir hier kaum mit, allein schon aufgrund der chinesischen Zensur. Aber gerade die zahlreichen Kämpfe dort werden hier von hochgradiger Relevanz werden.

Ein paar Kämpfe gelten als ‚links‘, andere gar nicht: Der Streik in Großbritannien in der Bau- und Energiebranche lief doch vermeintlich unter dem Motto „Britische Arbeitsplätze zuerst für Briten!“ und galt damit als rechts. Selbstverständlich müssen wir uns gerade in dieser Krisensituation vor zunehmendem Nationalchauvinismus in Acht geben. Aber der britische Streik war auch ein Streik gegen Lohndumping durch die Ausbeutung ausländischer

ArbeiterInnen. Das erklärt noch mal die Relevanz internationaler Solidarität: Auch z.B. tschechische Gewerkschaften beschwerten sich über Duckmäusertum des DGB, das nicht nur deutsche, sondern auch osteuropäische Löhne dumpft.

Das Gegenbeispiel eines explizit linken Kampfes ist der Aufstand der Zapatistas (EZLN) im Süden Mexikos seit 1994. Seit 2006 läuft auf Vorschlag der EZLN hier die „andere Kampagne“, eine landesweite und letztlich auch globale linke Vernetzung. Innerhalb dieser hat sich die „Otra Obrera“ organisiert, die „anderen ArbeiterInnen“.

„Andere ArbeiterInnen“ – das sind vielleicht die mit Jobs, die man nicht als „Arbeiterklasse“ versteht, so wie Prostituierte oder auch Studis, die am Wochenende den Kaffee im Café ausschenken. „Andere ArbeiterInnen“ sind vielleicht auch die ArbeiterInnen, die inhaltlich besonders links sind, die sich als DemokratInnen, KommunistInnen, SozialistInnen, AnarchistInnen, SyndikalistInnen oder sonstige ...istInnen verstehen. „Andere ArbeiterInnen“ sind vielleicht aber auch einfach nur die ArbeiterInnen, die wissen, dass sie Arbeiterklasse sind und sich organisieren, um gemeinsam nicht mehr Arbeiterklasse sein zu müssen – anstatt sich alleine dagegen zu wehren, indem man Humanressourcen-Manager wird.



¡Muchas Luchas!

Dienstag, 30.06.2009, 20.00 Uhr, Frauenstr. 24:

China 2009: Zwischen Krise und Revolte

Nach Jahren des Booms hat die weltweite Krise Ende 2008 auch China erreicht. Tausende Fabriken wurden dichtgemacht, Millionen WanderarbeiterInnen auf die Straße gesetzt. Die Zahl der Streiks und Demonstrationen hat zugenommen, ebenso Konflikte vor Arbeitsbehörden und -gerichten. Das chinesische Regime fürchtet soziale Unruhen – auch von Bauern –, pumpt Geld in die Wirtschaft und droht Kämpfenden mit Repression. Die meisten Konflikte sind noch betrieblich begrenzt, aber die Wut wächst... Falls es zu größeren Unruhen in China kommt, wird das weltweit Auswirkungen haben, denn China ist eingebettet in viele Produk-

tions- und Zirkulationsströme... und eine soziale Explosion kann auch die Hoffnungen auf den globalen Wirtschaftsdynamo China zerstören.

Veranstaltet vom AStA der Uni Münster, Gewerkschaftliche Gruppe Münster und der Infogruppe Bankrott.

Alle Termine, Aktuelles und ein umfangreiches Textarchiv auf www.fau.org/muenster/ News in Blogform präsentieren wir euch auf www.myspace.com/muenster_prollt

Und wenn ihr uns erreichen wollt faums@fau.org

Regelmäßige Treffen

1. samstag im monat, 19 Uhr Arbeitstreffen,

21 Uhr Feier!Abend

Arbeitstreffen am 2. Mittwoch im Monat 20 Uhr,

offenes Diskusstreffen am 4. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, im Don Quijote, Scharnhorststr. 57.

Bildungsstreik:

Dienstag 16.06.2009, 14:00 Uhr, Baracke, Scharnhorststr. 100

„Bildungsstreik“: Workshops, Vorträge und Filme

Alle Veranstaltungen finden in der Baracke statt.

Den ganzen Tag über bieten wir außerdem Küche für alle: Getränke, Wassereis, heiße Grills und veganes/vegetarisches Grillgut ... weitere Leckereien können gerne mitgebracht werden!

14:00: Systemkritik (workshop) Wir versuchen interaktiv hinter die Kulissen des Kapitalismus zu schauen und die aktuelle Krise einzuordnen. Kleine Anregung zum kritischem Denken.

15:30: Das 68 der ArbeiterInnen (Vortrag, FAU Münsterland) 1968 fanden nicht nur Studierenden-Proteste statt. ArbeiterInnen weltweit haben gestreikt und sind auf die Barrikaden gegangen. Kurz: Ein Einblick in einen gesamtgesellschaftlichen Widerstand.

16:30: Ein elitäres studentisches Selbstverständnis? (Vortrag) Burschis, und andere Studierende - ihr Selbstbild und der Weg zur Elite.

18:00: Du bist öffentlich! Informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz an der Uni (Vortrag und Diskussion, AK Vorratsdatenspeicherung Münster) Eine videoüberwachte Bibliothek. Deine Krankenkasse weiß, was du in der Mensa isst. Amazon weiß, was du dir in deiner Uni-Bib ausleihst und dein Prof. weiß, wo du gestern gesoffen hast. Auch die Universität ist ein öffentlicher Ort, an dem das Recht auf informationelle Selbstbestimmung immer wieder neu durchgesetzt werden muss. Vortrag und Diskussion zu Videoüberwachung an der Uni, Studicards und sozialen Netzwerken (StudiVZ).

20:00: Filmabend

Ende der Vertretung! - Emmely und der Streik im Einzelhandel
No lager - nowhere! -Internationaler Widerstand gegen Flüchtlingslager und Abschiebegefängnisse

Mittwoch 17.06.2009, 10:00 Uhr, Prinzipalmarkt:
„Bildungsstreik“: DAS SCHÖNE LEBEN erkämpfen!
Demonstration

Interhelpo:

Die INTERHELPO wird herausgegeben von der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Münsterland. Die FAU ist eine bundesweite Föderation von Gewerkschaftsgruppen. Hauptzweck einer Gewerkschaft ist die Verbesserung der alltäglichen Arbeits- und Lebensbedingungen von Lohnabhängigen. Bei Gewerkschaft denkt man freilich gleich an den DGB, die FAU ist jedoch an wesentlichen Punkten anders: Sie hat keine bezahlten Funktionäre, beteiligt sich nicht an Betriebsratswahlen und alle Entscheidungen werden von den betroffenen Mitgliedern vor Ort bzw. im Betrieb gefällt. Wir setzen darauf, dass ArbeiterInnen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen anstatt weiter faule Kompromisse samt der zugehörigen Standortlogik zu schlucken. Die FAU versucht nicht, den Kapitalismus zu retten, und glaubt nicht, dass er je eine gerechte Wirtschaftsordnung sein kann. Ausbeutung und Krise sind vielmehr sein ureigenstes Wesen, daher ist unser langfristiges Ziel ihn zu überwinden. Der Weg dorthin führt jedoch über die konkreten Arbeitskämpfe, die hier, heute und weltweit zu führen sind. Hierzu braucht es starke Gewerkschaften. In Münster sind Branchenstrukturen in den Bereichen Callcenter und Druck im Aufbau, weitere Mitglieder sind in den Sektoren Bildung und Medien tätig. Notgedrungen beschäftigen wir uns auch mit dem Problem Hartz IV und ALGII. Der letztliche Ausweg aus dem kapitalistischen Desaster kann für uns nicht die Verstaatlichung sein, sondern nur die Vergesellschaftung der Wirtschaft „von unten“, durch die Arbeitenden und nicht zuletzt durch die Gewerkschaften. Interessierte sind herzlich eingeladen,

bei unseren Treffen vorbeizukommen!
Übrigens:
„Interhelpo“ ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“.

